

**Rede zum Doppelhaushaltsentwurf 2016/2017
anlässlich der Beschlussfassung in der Sitzung des Rates der Stadt Bergisch
Gladbach am 15. 12. 2015**

- es gilt das gesprochene Wort -

„Vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Lage der Stadt werden wir sicherstellen, dass die Kommunalpolitik in Bergisch Gladbach durch eine verlässliche und stabile Haushaltspolitik wieder mehr Handlungsfähigkeit gewinnt.“

So haben wir es mit der CDU-Fraktion im Kooperationsvertrag vom 31. Oktober 2014 vereinbart.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir wussten, dass der Weg zur Haushaltskonsolidierung ein steiniger Pfad ist.

Wir hatten aber keine Ahnung, dass innerhalb kurzer Zeit neue Risiken und Unwägbarkeiten entstehen werden.

Und wenn uns dann noch aus dem Rathaus Knüppel zwischen die Beine geworfen werden, besteht die Gefahr zu straucheln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Eckdaten des Entwurfs des Doppelhaushalts 2016/2017 scheinen noch einmal ein wenig Luft zum Atmen zu geben:

Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer soll in 2016 um 4,8 Mio EUR und in 2017 um weitere 3 Mio EUR steigen. Neben erhöhten Schlüsselzuweisungen im kommenden Jahr kann auch mit konstanten Gewerbesteuererträgen gerechnet werden.

Die Gewinnabführung aus der BELKAW-Beteiligung beträgt im nächsten Haushaltsjahr mehr als 1,8 Mio EUR.

Dies zeigt übrigens: der Erwerb der Gesellschaftsanteile an dem Energieversorger war ökonomisch richtig, verantwortungsbewusst und weitsichtig.
Die Kritiker und insbesondere die polemischen Panikmacher sind längst verstummt.

Die Erhöhung der Grundsteuer B um 55 Punkte von 490 % auf 545 % erscheint uns moderat und akzeptabel – insbesondere im Vergleich mit unseren Nachbarkommunen und angesichts der Auflage der Kommunalaufsicht, die Grundsteuer auf den Landesdurchschnitt vergleichbarer Städte anzuheben.

Der im Haushaltssicherungskonzept geforderte rechnerische Haushaltsausgleich bis 2022 ist auf dem Papier, das nach Redensart bekanntlich geduldig ist, darstellbar.

An der Genehmigungsfähigkeit des vorgelegten Doppelhaushalts durch die Kommunalaufsicht bestehen keine Zweifel.

Warum,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
wird meine Fraktion dem Haushaltsentwurf dennoch nur mit Bauchschmerzen zustimmen?

Nicht, weil sich die prognostizierten Aufwendungen für Flüchtlinge mehr als verfünffachen werden.

Wir sind der Überzeugung – und da gehen wir mit dem Haushaltsentwurf des Bürgermeisters konform – , dass Bund und Land uns diese Kosten in voller Höhe erstatten müssen und werden.

Die finanziellen Folgen globaler Katastrophen – wie Bürgerkriegen – können nicht den Kommunen aufgebürdet werden. Schäuble und Merkel können nicht die „Schwarze Null“ wie einen Fetisch vor sich hertragen, wenn in den Kommunen die Infrastruktur zusammenzubrechen droht.

Unsere Bauchschmerzen rühren vielmehr daher, dass die für eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung erforderlichen strukturellen Reformen bisher nur rudimentär angegangen worden sind.

Wir hätten uns gewünscht, wir wären an dieser Stelle heute schon sehr viel weiter.

Die Kooperationsfraktionen haben in den vergangenen Monaten sehr intensiv und ohne Denkverbote Aufwands- und Ertragsseite des städtischen Haushalts kritisch beleuchtet und auf den Prüfstand gestellt.

Gegenteilige Behauptungen des Kämmerers, die der Öffentlichkeit mangelnden Sparwillen der Kooperationsfraktionen suggerieren wollen, sind schlichtweg falsch.

In vielen Arbeitssitzungen, auch unter Mitarbeit des Kämmerers, haben wir u.a. die Erkenntnis gewonnen, dass sich weitere Einsparungen bei den Kultureinrichtungen verbieten, wenn man deren Existenz nicht gefährden will.

Der erneuten Kürzung des Theaterzuschusses und der Aufgabe des Musikschulgebäudes haben wir deshalb eine klare Absage erteilt.

In den Fokus der Haushaltssanierung rückt immer wieder die Villa Zanders.

Wenn wir aber das Stadtbild prägende Gebäude nicht aus dem städtischen Eigentum geben wollen, um abträgliche Nutzungen (z.B. als Fastfood-Restaurant) zu verhindern, und wenn wir betriebsbedingte Kündigungen vermeiden wollen – beides wollen die Mitglieder meiner Fraktion – , ist das Einsparpotenzial äußerst gering.

Wir werden aber weiterhin über alternative Konzepte für die Villa Zanders nachdenken müssen.

Sobald dies steuerunschädlich möglich ist, werden wir die Stadtverkehrsgesellschaft, deren Kosten in keinem Verhältnis zu ihren Aufgaben stehen, auflösen. Bereits im kommenden Haushalt haben die Kooperationsfraktionen den städtischen Zuschuss gekürzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
selbst wenn wir sämtliche freiwilligen Leistungen streichen und die Standards erheblich absenken würden, könnte hierdurch kaum ein signifikanter Konsolidierungsbeitrag erzielt werden.

Die Ansätze für eine Konsolidierung liegen an anderer Stelle.

Je ein Viertel der städtischen Aufwendungen resultieren aus der Kreisumlage und den Personalkosten.

Wenn diese Kostenblöcke weiter wie Krebsgeschwüre wuchern, laufen alle Konsolidierungsbemühungen ins Leere.

Als Haushaltssicherungskommune können wir von unseren Kolleginnen und Kollegen im Kreistag Mäßigung bei ihren Entscheidungen zur Umlage verlangen.

In den vergangenen Jahren war das Jahresergebnis des Kreishaushalts stets erheblich besser als die Haushaltsplanung.

Das heißt: der Kreishaushalt muss realistischer geplant und Haushaltsverbesserungen entlastend für die Kreisumlage berücksichtigt werden.

Auch sollte der Kreis einmal seine Standards überprüfen und diese denen seiner Haushaltssicherungskommunen anpassen.

Hier sind die Kooperationsfraktionen mit den Kreistagsmitgliedern ihrer Parteien im Gespräch.

Besondere Sorgen bereitet unserer Fraktion – und wohl auch unserem Kooperationspartner – die fast schon unkontrollierte Entwicklung der Personalkosten.

Um Missverständnisse zu vermeiden, will ich vorab anmerken, dass die SPD-Fraktion die aktuellen Stellenzusetzungen zur Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge in unserer Stadt ausdrücklich begrüßt und mit trägt.

Wir stellen aber seit Jahren fest, dass die Personalaufwendungen erheblich über den Ansätzen liegen, im jetzt vorgelegten Abschluss 2014 um sage und schreibe 5 Mio EUR!

Die städtischen Finanzen werden wir nicht nachhaltig konsolidieren können, wenn wir die Entwicklung der Personalkosten nicht endlich in den Griff bekommen.

Hier ist insbesondere der Bürgermeister auch in seiner Funktion als Personaldezernent gefordert.

Wir beabsichtigen nicht, den Bürgermeister durch einen Deckel auf die Personalkosten zu knebeln.

Dies wäre die Ultima Ratio und würde nur schwer zu sachgerechten Personalentscheidungen führen.

Aber wir fordern ein strategisches Personalentwicklungskonzept.

Ein solches Konzept wird auch dem Umstand Rechnung tragen müssen, dass es unbestritten viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtverwaltung gibt, die am Limit arbeiten oder bereits überlastet sind.

Wir müssen aber dort genauer hinsehen, wo es in den letzten Jahren Stellenzusetzungen gegeben hat, ohne dass eine erkennbare Mehrarbeit angefallen ist oder neue Aufgaben entstanden sind.

Dies gilt auch – oder gerade besonders – für das Dezernat des Bürgermeisters.

Auch die Notwendigkeit befristeter Arbeitsverträge, die nicht der Entscheidung durch politische Gremien unterliegen, muss in jedem Einzelfall kritisch hinterfragt werden.

Organisationsveränderungen des Bürgermeisters auf Dezernatsebene nach Gutsherrenart, die zusätzliche Kosten verursachen, sind das völlig falsche Signal für Politik, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Bürgerinnen und Bürger.

Die Kooperationsfraktionen sind das Thema Personalentwicklung – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität – angegangen.

Wir, die Kooperationsfraktionen, werden heute mit einem hierzu gestellten Haushaltsbegleitenden Antrag einen wichtigen ersten Schritt in die richtige Richtung gehen.

Bei der Konsolidierung unseres Haushalts müssen auch die städtischen Beteiligungen und Eigenbetriebe ihren Beitrag leisten.

Über dieses Ziel sind wir uns in der Kooperation einig, einen gemeinsamen Weg suchen wir jedoch noch.

Während im Abwasserwerk jährlich 4 Mio EUR Gewinn verbleiben, schließen die Jahresergebnisse des Immobilienbetriebes mit einem Verlust in etwa der gleichen Höhe ab, der gegen das Eigenkapital gebucht wird, und der – so fordert es die Aufsichtsbehörde – künftig von dem städtischen Haushalt ausgeglichen werden muss.

Deshalb will meine Fraktion die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen in den städtischen Haushalt zurückführen.

Hierdurch wird nicht nur ein notwendiger Konsolidierungsbeitrag für den Zentralhaushalt geleistet, sondern es bleibt auch die Transparenz sowie der Einfluss des Rates erhalten, der bei einer weiteren Verselbständigung der Einrichtungen zu Eigenbetrieben nicht mehr vorhanden wäre.

Um Missverständnissen vorzubeugen, möchte ich noch anmerken, dass die Rückführung des Abwasserwerks keinen Einfluss auf die Gebührenkalkulation hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in den kommenden Jahren werden die Kooperationsfraktionen die Offene Kinder- und Jugendarbeit wieder über den Ansatz des Bürgermeistervorschlages hinaus fördern und weitere finanzielle Mittel in die erfolgreiche Arbeit der sieben Bergisch Gladbacher Einrichtungen investieren.

Durch unseren Antrag auf Anhebung der städtischen Personalkostenpauschale sowie des Bewirtschaftungskostenzuschusses werden wir die erfolgreiche Arbeit der Träger auch für die Zukunft sichern.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen der Oppositionsfraktionen,

es ist Ihr gutes Recht, den Haushaltsentwurf als perspektivlos zu bewerten und den Kooperationsfraktionen Lustlosigkeit vorzuwerfen.

Ich vermisse allerdings Ihre alternativen Vorschläge. Lassen Sie uns doch an Ihren innovativen Ideen teilhaben.

Lediglich die Grünen-Fraktion hat sich bemüht, Änderungsanträge zu stellen. Ob allerdings die Abschaffung der sog. Brötchentaste der große Wurf zur Sanierung der städtischen Finanzen ist, wage ich zu bezweifeln.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die enormen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge in unserer Stadt haben andere wichtige Politikfelder wie die Haushaltssanierung in den Hintergrund treten lassen.

Wir zollen dem persönlichen Einsatz von Lutz Urbach und den erheblichen Kraftanstrengungen der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere im Fachbereich Jugend und Soziales, hohen Respekt.

Wir sind stolz auf die zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die mit hohem Engagement Menschen helfen, die in unserer Stadt Zuflucht suchen.

In der kommenden Woche feiern Christen die Geburt von Jesus von Nazareth, der – wie im Matthäus-Evangelium nachzulesen ist – als kleines Kind ebenfalls ein Flüchtling war. Er und seine Eltern mussten nach Ägypten fliehen, um dem Zorn Herodes zu entkommen. Maria, Josef und Jesus wurden dort aufgenommen, obwohl sie arme Flüchtlinge waren und einer anderen Religion angehörten.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein frohes Weihnachtsfest.

